Einzelpreis 15 Pfg. • 2. Jahrgang — Donnerstag, den 10. Juli 1919 — Nummer 324 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 3,— Mk., bei Zustellung unter Kreuzband 4,— Mk. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 75 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die schwierige Lage Italiens.

Das Programm der italienischen Regierung.

Rom, 9. Juli. (Stefani.)

Nitti erklärte in der Kammer im Namen der Regierung, daß sich das durch die Ereignisse auferlegte Programm in folgenden vier Punkten zusammenfassen lasse:

1. Die Friedensverhandlungen beruhen unter überzeugter Verteidigung des Programms der nationalen Aspirationen,
2. so rasch als möglich den Uebergang vom Kriegszustand zum Friedenszustand durchführen,
3. die Existenzbedingungen des Volkes erleichtern,
4. rasch die durch die neue Lage notwendig gewordenen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen vorbereiten.

Um dieses Programm zu verwirklichen, müsse die öffentliche Ordnung aufrechterhalten werden. Die Regierung werde sie fest und ohne Schwäche aufrechterhalten. Hinsichtlich der finanziellen Fragen sagte Nitti, daß die auswärtige Schuld sich auf 20 Milliarden und die innere auf 58 Milliarden belaufe, man müsse weniger verbrauchen, mehr produzieren und intensiver arbeiten. Eine besondere Steuer müsse auf die während des Krieges gemachten Vermögen gelegt werden. 2½ Milliarden seien ausgesetzt, um den Brotpreis niedrig zu halten.

Er erklärte zur auswärtigen Politik, daß in diesem Augenblick die wesentlichen Fragen für Italien noch nicht entschieden seien und daß man in bezug auf die Adria noch nicht auf dem Wege einer befriedigenden Lösung der nationalen gerechten Forderungen sei. Nitti wiederholte die von Tittoni im Senat abgegebene Erklärung und fügte hinzu: Unsere Delegierten haben die Verhandlung in Paris wieder aufgenommen unter den schwierigsten Bedingungen, aber im Bewußtsein der Gerechtigkeit unserer Sache, die wir mit Zähigkeit verteidigen müssen.

Die Unruhen in Italien.

Die italienische Botschaft in Berlin erklärt die Nachrichten über die Unruhen in Italien für übertrieben. Es handle sich lediglich um hier und da vorgekommene Kundgebungen gegen die Lebensmittelteuerung. Selbst in Florenz, von wo die Bewegung am meisten ausging, sei die Ruhe, wie sonst überall, wieder eingetreten. Die vereinzelt ausgebrochenen Ausstände entbehrten durchaus jeder politischen Bedeutung.

Amsterdam, 9. Juli.

In einem Telegramm über die Streiks und Unruhen in Italien berichtet der römische Korrespondent des „Daily Herald" u. a., daß sich in Florenz die Kavallerie weigerte, die Ausständigen anzugreifen. In Perugia, Mantua, Voghera, Viterbo, Terni, Pistoria, Pisa, Verona, Bergamo und Jesi wurde am Sonnabend Generalstreik gemeldet. Die Regierung macht Anstrengungen, um zu verhindern, daß die Bewegung nicht auf die größten Städte des Landes übergreift. Sie hat die Präfekten beauftragt, die Preise um 50 Prozent herabzusetzen. Aber diese Maßregel scheint nicht zu genügen, um die Aufregung zu dämpfen. Die Ladenbesitzer trachten, ihre Vorräte dadurch in Sicherheit zu bringen, daß sie sie unter den Schutz der Arbeiterkommissionen stellen. Ueberall bestehen Arbeiterräte, die von der Regierung geduldet werden. Die Arbeiterkommissionen veröffentlichen ein Manifest, in dem sie zur Ruhe mahnen. Der Ministerrat tagt fast dauernd. Aus Palermo vom Sonnabend meldet der Korrespondent, daß dort der Generalstreik ausgerufen wurde.

Ein feiner Streich.

Genosse Maltzahn vom Vollzugsrat teilt uns mit:

Heute morgen erschien der Arbeiterrat und der Arbeiterausschuß von den Heilstätten Beelitz. Der Arbeiterausschuß verteilt die Patienten und die Angestellten der Heilstätte. Er teilt uns folgendes mit:

Am 9. Juli, mittags 1 Uhr, erschien eine Truppe der 25. Reichswehrbrigade, 68 Mann stark, mit vier schweren Maschinengewehren und besetzte die Heilstätte, insbesondere alle Ausgänge des Pavillons für Lungenkranke. Jeder Ausgang des Pavillons wurde mit einem Maschinengewehr besetzt. Darauf fand eine Durchsuchung des gesamten Pavillons statt, Betten und Spinden wurden durchsucht, selbst bei den Kranken, die bettlägerig sind, nahm man Durchsuchungen nach Waffen vor. Den Arbeiterrat führte man unter militärischer Bewachung zum Verwaltungsdirektor, dieser gab ihm folgendes Schreiben:

Sie haben bei den Kundgebungen der Pfleglinge am 25. Juni d. Js. gegen den von uns zum ärztlichen Direktor der Heilstätte bestellten Sanitätsrat Dr. von Golz denselben unter Bedrohung mit Gewalt dazu gezwungen, eine Verzichterklärung auf seine Stelle als ärztlichen Direktor zu unterschreiben. Durch dieses Verhalten haben Sie sich in schwerster Weise gegen ihre Pflichten als Angestellter der Landesversicherungsanstalt Berlin vergangen und es sind damit die Voraussetzungen für Ihre sofortige Entlassung gegeben, die wir hiermit aussprechen. Um Sie jedoch nicht in eine wirtschaftliche Notlage zu bringen, werden Ihnen Ihre Bezüge für den Monat Juli ausgezahlt werden. gez. Dr. Freund.

Der Arbeiterrat wurde nach Empfang dieses Schreibens militärisch nach dem Bahnhof transportiert und nach Berlin abgeschoben.

Eine Patientin, die mit der Deputation angehörte, die am 25. 6. in der Angelegenheit des Dr. v. Golz verhandelte, wurde ebenfalls sofort entlassen, trotzdem sie nach ärztlicher Anordnung noch eine vierwöchentliche Kur vor sich hatte. Die Patienten und Angestellten sind äußerst empört und fordern die sofortige Beseitigung der Truppen.

Zu diesen Vorkommnissen fand gestern abend in Beelitz (Stadt) eine Versammlung der Einwohner, die den beiden sozialdemokratischen Parteien angehören, statt. Es wurde der Empörung in schärfster Weise Ausdruck gegeben und am Schluß folgende Resolution angenommen:

„Die heute abend, den 9. 7., in Beelitz-Stadt einberufene Protestversammlung protestiert auf das Entschiedenste, daß die Heilstätte am 9. Juli nachmittags 2 Uhr von bewaffneten Militärs und Maschinengewehren besetzt worden ist. Die Insassen der Heilstätte sind, da die Mehrzahl hochgradig nervenkrank, aufs Höchste gereizt und könnten, falls das Militär nicht unverzüglich zurückgezogen wird, Ausschreitungen vorkommen. Die Verantwortung allein trägt die die Besetzung verfügende Behörde. Außerdem verlangen wir Feststellung, wer die Besetzung veranlaßt hat, da auf unser ausdrückliches Verlangen ein Befehl zu dieser Aktion nicht herbeigeschafft werden konnte.

Ferner verlangen wir die Einsetzung des von den Heilstätten widerrechtlich entfernten Obmannes des Arbeiterrates, welcher daselbst die Stelle eines Revisionsbeamten bekleidet."

Trotz Verlangens konnte ein Befehl nicht vorgezeigt werden, aber es wurde festgestellt, daß die Truppen von der 25. Reichswehrbrigade, General Vogt, sind. Die Truppen wurden geführt von dem Hauptmann Schöffer. Man kam mit dem Vorwand in die Heilstätte Beelitz, große Waffenlager auszuheben. Es muß festgestellt werden, daß bei der ganzen Aktion und Durchsuchung keinerlei Waffen gefunden wurden.

Das in dem Entlassungsschreiben angegebene Verbrechen beruht auf folgendem Sachverhalt:

Der ärztliche Direktor Dr. v. Goltz sollte seinerzeit als Leiter eingestellt werden. Der Arbeiterausschuß stellte fest, daß dieser Herr in den Heilstätten Beelitz Verschiebungen von Lebensmitteln vorgenommen hat, die den Lungenkranken entzogen sind. Zentnerweise hat der betreffende Herr den Kranken die Lebensmittel entzogen. Angestellte und Kranke waren deshalb aufs äußerste empört und verlangten die Entfernung dieses Herrn aus der Anstalt. Selbst seine ärztlichen Kollegen haben das von ihm geforderte Vertrauensvotum verweigert.

Es ist skandalös, daß auf Grund eines derartigen berechtigten Verlangens von Angestellten und Patienten eine militärische Aktion gegen die Heilstätte in Beelitz, gegen kranke Menschen unternommen wird. Oder ist man der Auffassung, daß für Lungen- und Nervenkranke, Maschinengewehre und Handgranaten eine Radikalkur sind?

Der Streit um Wilhelm II.

London, 9. Juli. (Reuter.)

Unterhaus. George Lambert fragte, ob Vorsichtsmaßregeln getroffen worden seien, um eine Rückkehr des ehemaligen Kaisers nach Deutschland und damit die Möglichkeit weiterer englischer Menschenverluste zu verhindern. Bonar Law erwiderte: Alle Schritte, die wir in dieser Richtung für möglich hielten, sind getroffen worden.

Der Rätekongreß in Wien.

Von Julius Braunthal (Wien).

2. Die Politik der Arbeiterräte Deutschösterreichs.

Der politischen Debatte der Reichskonferenz lag ein Antrag der Kommunisten zugrunde, Deutschösterreich als Räterepublik zu erklären und „mit der Durchführung aller hierzu notwendigen Maßnahmen den Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte zu betrauen". Um diesem Antrag einen würdigen Nachdruck zu verleihen, hatte die kommunistische Partei für den Abend des ersten Verhandlungstages durch große Plakate das Proletariat Wiens auf die Straße gerufen. Von den vielen hunderttausenden Arbeitern Wiens waren aber kaum zwei Tausend gekommen, eine Demonstration, die freilich mit der Großartigkeit der Geste, die den kommunistischen Führern eigen ist, in allzu grellem Widerspruch steht.

Der Antrag gründete sich auf die Annahme, daß dem Frieden von St. Germain ein beispielloser wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenbruch folgen müsse, der die schwersten sozialen Erschütterungen herbeiführen wird. Die ökonomische Lage des hungernden und verelendeten Proletariats wird es zur unmittelbaren, direkten Aktion zwingen, zu der es längst geschritten wäre, wenn es sich nicht durch die „eitlen Versprechungen der Koalitionsregierung" darüber hätte täuschen lassen, daß es möglich ist, „durch Schonung des inländischen Kapitalismus den Ententeimperialismus günstig zu stimmen und so die wirtschaftliche Lebensfähigkeit zu erhalten". Sollten die versammelten Arbeiterräte diesen Entschluß in dieser ernsten Stunde nicht fassen, „so wird die Menge chaotisch und unorganisiert über den Kopf aller Parteiführer und Körperschaften hinweg die Räterepublik erkämpfen. Ein proletarischer Bruderkrieg steht dann auch für Deutschösterreich bevor." Warnend wird auf das „Noske-Deutschland" verwiesen und die Verantwortung für diese Folgen „auf das Haupt jener Parteiführer" gewälzt, „die sich dem zwingenden Gebot dieser Stunde verschließen".

In der Begründung des kommunistischen Antrags spiegelte sich allerdings der furchtbare Ernst der ökonomischen Lage Deutschösterreichs. Es ist richtig, daß der St. Germainer Friede, in seiner gegenwärtigen Form verwirklicht, gleichsam mechanisch den Wirtschafts- und Finanzbankerott mit allen seinen schweren sozialen Erschütterungen zwangsläufig folgert. Der in diesem Antrage erhobene Vorwurf der bewußten Irreführung des Proletariats durch die Sozialdemokratie — die in der kommunistischen Terminologie unter „Koalitionsregierung" zu verstehen ist — ist allerdings eine demagogische Geste. Denn die Sozialdemokratie hatte nie um die Gunst des Ententeimperialismus gebuhlt, geschweige den inländischen Kapitalismus mehr „geschont", als es die leibliche Erhaltung der Kontinuität des Wirtschaftslebens überhaupt notwendig macht. Der deutschösterreichische Kapitalismus ist unerhört zerrüttet, kaum noch lebensfähig. Die Möglichkeiten einer Sozialisierung der Industrie in Klein-Deutschösterreich sind überaus gering und überdies durch den infolge der Kohlennot erzwungenen Stillstand der für die Sozialisierung entscheidenden Erz-, Hütten- und Eisenindustrie so beengt, daß überstürzte, nicht genügend vorbereitete Finanz- und Sozialisierungsmaßnahmen den Bankerott Deutschösterreichs eher beschleunigen als hemmen würden. Die Partei ließ sich in ihrer Finanz- und Sozialisierungspolitik ausschließlich nur von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten der deutschösterreichischen Produktion und nicht von den Wünschen des Ententekapitalismus leiten. Kein Politiker Deutschösterreichs, und am allerwenigsten ein Sozialdemokrat verschließt sich der erschreckenden Erkenntnis, daß selbst die wesentlich gemilderten Friedensbedingungen die wirtschaftliche Existenz Deutschösterreichs in seiner politischen Isolierung unmöglich lassen. Deshalb ist der Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland ein zwingendes Gebot der Lebensnotwendigkeit für Deutschösterreich.

Es bleibt selbst dann die Frage unerörtert, ob Mittel- und Osteuropa überhaupt noch infolge der Erschütterungen dieses Krieges sich aus eigenen Kräften wieder aufzurichten vermag oder ob nicht ein wirtschaftlicher Zusammenbruch

der Länder der Besiegten, der auch die kontinentalen Länder der Sieger mit sich reißen würde, dem Bolschewismus im kontinentalen Europa zur Herrschaft verhilft. Aber daß der Bolschewismus nur dann die politische Form des europäischen Bankerotts ist, der seine furchtbaren Wirkungen noch steigert und verschärft, darüber darf kein Zweifel obwalten. Diese Entwicklung mag notwendig, mag in der Natur der ökonomischen und psychischen Situation des kranken Europas begründet erscheinen — sie jedoch ohne unmittelbare Nötigung zu beschleunigen und nicht alle Kräfte dafür einzusetzen, sie für das Proletariat günstiger zu gestalten, wäre unverantwortlicher Wahnwitz. Am allerwenigsten steht es dem todeskranken Deutschösterreich zu, ohne unmittelbaren Zwang den Sprung ins Dunkle zu wagen. Deshalb hat die Reichskonferenz das Ansinnen der Kommunisten, Deutschösterreich zur Räterepublik zu erklären, abgelehnt, ohne sich die Möglichkeit für die spätere Zukunft zu verschließen. Denn eines ist klar: wenn das deutschösterreichische Proletariat sich zur Räteverfassung entschließen sollte, dann vermag es diesen folgenschweren Schritt nur unter einem derartigen ökonomischen Druck zu machen, der ihn nicht allein der Arbeiterschaft, sondern auch der Bauernschaft als zwingende Notwendigkeit erscheinen läßt. Denn so unbestritten die Macht der industriellen Arbeiterschaft Wiens und einiger Städte und Orte Niederösterreichs und Steiermarks ist, zu jeder Stunde die Rätediktatur zu errichten, so gewiß ist der einfach unerträgliche offene Konflikt des Proletariats mit der wohlorganisierten, in Bünde und Bauernräte zusammengeschlossenen Bauernschaft. Die Errichtung der Rätediktatur ist in Deutschösterreich eben nur mit der Bauernschaft möglich.

Aus dieser Erwägung wurde die politische Haltung des im März eingesetzten provisorischen Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte von der Reichskonferenz gebilligt und die Erwartung ausgesprochen, „daß der neue Reichsvollzugsausschuß nach den gleichen Richtlinien energisch und gewissenhaft die Interessen des Proletariats vertreten und unter möglichster Sicherung der Erhaltung der Kampffähigkeit des Proletariats jeweils das Maximum des Erreichbaren für die Befreiung des Proletariats aus dem kapitalistischen Joche erwirken wird".

Welche Taktik auch die ökonomische und politische Entwicklung dem Proletariate in Zukunft aufnötigen mag, so muß sie aus dem Willen des Proletariats selbst erfließen und darf nicht das Resultat einer Reihe von Sonderaktionen einer Minderheit der Arbeiterschaft werden. Deshalb erklärt die Reichskonferenz neuerlich:

„Die Arbeiterräte bringen den wahren Willen des ganzen klassenbewußten Proletariats Deutschösterreichs aller Richtungen zum Ausdruck und haben daher allein die Kompetenz, Massenaktionen der Arbeiterschaft einzuleiten, zu beschließen und zu ihnen aufzufordern. Die Arbeiterräte sind daher die allein verantwortliche Körperschaft für die großen politischen Entscheidungen der Arbeiterklasse Deutschösterreichs. Die Reichskonferenz erwartet, daß die Kommunisten ihre Sache stets in den Arbeiterräten vertreten werden, nicht gegen die Arbeiterräte. Die Arbeiterräte sind das Forum, vor dem die politischen Schicksalsfragen der Arbeiterklasse Deutschösterreichs zu entscheiden sind, und die Arbeiterschaft Deutschösterreichs wird sich gegen jeden Versuch der Vergewaltigung des Proletariats durch kleine Minoritäten, mögen sie reaktionär sein oder sich als revolutionär ausgeben, zur Wehr zu setzen wissen."

Hatte sohin die Reichskonferenz die Richtlinien für die innere Politik des Proletariats, so in folgender Resolution seinen Standpunkt in seiner äußeren Politik festgesetzt. Sie lautet:

Die Konferenz der Arbeiterräte protestiert gegen den Gewaltfrieden, den der Imperialismus der Sieger den besiegten Völkern aufzulegen droht; sie entbietet der Arbeiterklasse der Ententeländer, die gegen diesen Frieden protestiert, ihren brüderlichen Gruß und ist überzeugt, daß die siegbafte Weltrevolution des Proletariats mit der Lohnknechtschaft auch die nationale Unterdrückung und Ausbeutung beseitigen, auch den von uns losgerissenen Gliedern des deutschen Proletariats, vor allem der deutschen Arbeiterschaft Deutschböhmens und des Sudetenlandes, mit der sozialen auch die nationale Befreiung bringen wird.

Die Konferenz huldigt dem Andenken der gefallenen Märtyrer des deutschen revolutionären Proletariats, vor allem dem Andenken Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs, Kurt Eisners und Levinés, und sie spricht die Hoffnung aus, daß sehr bald ein sozialistisches Deutschösterreich mit einem sozialistischen Deutschland vereinigt werden wird.

Die Konferenz grüßt die Arbeiterschaft Rußlands und Ungarns, die in schwerem Kampfe gegen den Entente-Imperialismus steht. Sie protestiert gegen die Hetze der Bourgeoisie, die die deutschösterreichische Republik zu Feindseligkeiten gegen die ungarische Räterepublik zu drängen versucht, und erklärt entschieden, daß die Frage der staatlichen Zugehörigkeit Deutsch-Westungarns nicht anders entschieden werden soll als durch freie, unbeeinflußte Volksabstimmung Deutsch-Westungarns selbst.

Die Konferenz fordert endlich, daß Deutschösterreich allen aus politischen Gründen verfolgten Ausländern Asyl auf seinem Boden gewähre. Sie protestiert dagegen, daß das Asylrecht von der Tiroler Landesregierung verletzt worden ist, indem sie den Genossen Azelrod den bayrischen Behörden auslieferte.

Weit schwieriger war die Aufgabe, den Wirkungskreis der Arbeiterräte festzulegen. Die fortrollende revolutionäre Entwicklung mit ihrer Fülle von besonderen Formen und unausdenkbaren Möglichkeiten lassen es nicht wünschenswert erscheinen, nach dem deutschen Vorbild die „verfassungsmäßige Verankerung der Arbeiterräte" zu fordern. Wenn die Arbeiterräte auf ihrer Autonomie beharren und sich das aus ihrer eigenen Kraft erfließende Recht sichern, alle Möglichkeiten nach der jeweiligen historischen Lage für das Proletariat auszunützen, sich also nirgendanders als auf die Errichtung des Sozialismus festzulegen, so verbürgt diese Taktik den denkbar größten Erfolg.

Die gründliche Demokratisierung Deutschösterreichs hat der Arbeiterklasse einen unendlichen Reichtum von staatlicher Verwaltungsarbeit zugewiesen. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeinde-, Bezirks-, Armen-, Schulräte, die Zahl der sozialdemokratischen Bürgermeister, Landtagsabgeordneten reicht in die Tausende. Diesen öffentlichen Mandataren obliegt die Aufgabe, die innere Ordnung und Verwaltung des Gemeinwesens mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Vielen Zehntausenden nach dem Gesetz erwählten Betriebsräten obliegt es, die innere Selbstverwaltung und Sozialisierung der Industrie vorzubereiten. In der vorläufigen Beschränkung der praktischen Aufgaben der Arbeiterräte auf ihre Mitwirkung bei der Aufbringung, Kontrolle und Hereinbringung der Ernte in den gemischten Landwirtschaftskommissionen und in der Reichswirtschaftskommission hat der Arbeiterrat — einem dringenden Bedürfnis folgend — ein weiteres Stück der inneren Verwaltung des Gemeinwesens übernommen.

Die Arbeiterräte wollen sich eben nur Aufgaben stellen, die sie in der Praxis auch zu lösen vermögen und sind sich — mit dem Blick auf die Gesamtheit der unmittelbaren und ferneren revolutionären Probleme — der viel umstrittenen Wahrheit bewußt, daß die Umbildung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft nicht plötzlich durch Dekrete, sondern allmählich durch unermüdliche Arbeit des gesamten werktätigen Volkes in seinen vielfältigen Formen als Arbeiter-, Betriebs-, Gemeinde-, Bezirks-, Armen-, Schulusw. Räte erfolgen könne.

Die hierzu notwendigen Organe müssen jedoch nicht nur allein geschaffen, sondern auch geschult werden. Es genügt hierzu nicht allein revolutionärer Wille und revolutionäres Temperament, sondern dazu bedarf das Proletariat auch einer Fülle von Kenntnissen und Erfahrungen. Die allmähliche, nur durch die politischen Möglichkeiten und das proletarische Können begrenzte Durchsetzung der staatlichen und wirtschaftlichen Demokratie durch die Eigenverwaltung der Arbeiterklasse, die gleichzeitig zur wichtigsten proletarischen Erziehungsinstitution wird, wird ihr einstens, wenn der geschichtliche Augenblick naht, die Uebernahme der ganzen Macht im Staate mit den geringsten Hemmungen ermöglichen.

Der Rätekongreß hat die Räteorganisation der Arbeiterklasse Deutschösterreichs fester gefügt, hat ihre Kräfte geprüft, ihren Blick für die historische Situation geschärft und ihr den Weg gewiesen, der zur Macht im Staate führt. Somit war die zweite Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs eine der wichtigsten Etappen im Entwicklungs- und Selbstbesinnungsprozeß der deutschösterreichischen Arbeiterklasse. Ihrer Pflichten und ihrer Bedeutung für die Internationale stets bewußt, hat diese Reichskonferenz, indem sie dem deutschösterreichischen Proletariat neue Kampfziele wies, auch der Internationale treu gedient.

Das Regierungselend.

Erhöhung des Brotpreises.

Der „Vorwärts" darf endlich etwas über den voraussichtlichen Abgang Wissells schreiben. In der heutigen Morgenausgabe läßt das Blatt sich aus Weimar berichten, daß es vielleicht noch gelingen werde, „Wissells bewährte Kraft" auf seinem Platze zu erhalten. Die Reichsregierung denke gar nicht daran, das von der Händlerpresse geforderte freie Spiel der Kräfte auf dem deutschen Wirtschaftsmarkt eintreten zu lassen. Sie sei vielmehr der Meinung, daß größere und sofortige Sozialisierungen ins Auge gefaßt werden müssen. Die Stellungnahme des Kabinetts habe nur die Bedeutung, daß es sich nicht allen Wissellschen Vorschlägen bedingungslos angeschlossen habe. Die Reichsregierung sei aber noch weiter davon entfernt, die Forderungen der Manchesterpresse erfüllen zu wollen. Das klingt sehr forsch, jedoch wird man diese Ankündigungen erst gar nicht ernst nehmen. Bisher hat weder die Regierung Scheidemann, noch die Regierung Bauer das mindeste für die Durchsetzung der sozialistischen Forderungen getan; trotz der ausschlaggebenden Stellung der Rechtssozialisten in beiden Kabinetten sind die kapitalistischen Interessen unausgesetzt gefördert worden. Und die augenblickliche Krise hat gerade die Bedeutung, daß die Vertreter des kapitalistischen Wirtschaftssystems sich jetzt vor der Erfüllung aller ihrer Hoffnungen sehen. Statt des Geredes über „sofortige Sozialisierung" sollte die Regierung sich zum Beginn der Sozialisierung entschließen, wenn sie der Beweis dafür erbringen will, daß „die Forderungen der Manchesterpresse" nicht erfüllt werden sollen; davon ist aber natürlich keine Rede.

Neben dem Handelskapital hat auch das Agrarkapital in Weimar einen vollen Sieg errungen. Die Oeffentlichkeit wird bald mit Plänen überrascht werden, die unter der Arbeiterbevölkerung die größte Aufregung hervorrufen werden. Die Nahrungsmittelpreise, besonders der Brotpreis, sollen ungeheuer erhöht werden. Der Roggenpreis soll von 250 Mark auf 400 Mark für die Tonne hinaufgesetzt werden. Dabei soll die Druschprämie bestehen bleiben. Der Brotpreis wird also eine schwindelnde Höhe erreichen. Das Tollste dabei ist, daß die Nationalversammlung dabei völlig ausgeschaltet werden soll. Auch die Regierung will sich offenbar von der Verantwortung drücken, denn sie hat dem Ausschuß für Handel und Gewerbe die Ermächtigung erteilt, diese Maßnahme selbst zu treffen, und zwar durch Verordnungen, die der Ausschuß erlassen soll. In der rechtssozialistischen Fraktion ist es darüber zu stürmischen Auseinandersetzungen gekommen. Es herrschen dort die größten Wirrnisse; ein Teil gibt an, daß diese ungeheure Preissteigerung zu den schwersten Erschütterungen im Reiche führen muß, und sucht das Unheil abzuwenden. Aber der Ernährungsminister Schmidt, der auch seinen Kollegen Wissell zur Strecke gebracht hat, und der gegen die Agrarier unlängst so derbe Worte fand, hat jetzt vor diesen vollständig kapituliert.

Kann man sich wundern, daß die Demokraten über die Situation hocherfreut sind und die Stunde schon schlagen hören, die sie wieder an die Regierungskrippe ruft? Im „Berliner Tageblatt" wird heute morgen aus Weimar auch schon berichtet:

Nachdem die Ratifizierung des Friedensvertrages von der Nationalversammlung beschlossen und damit der einzige

---

Das Auge Gottes.

Von Béla Révész.

Einzigberechtigte Uebertragung aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein.

Nachdruck verboten.

Der alte István blieb auf seinem dahinhetzenden Weg an einer dunkeln Straßenecke stehen, wechselte einknickend seine alt-müden Füße, keuchte mit vor des Laufens Mühsal versagendem Atem, guckte mit seinem bärtigen, traurig verschreckten Gesicht nach allen Seiten, sein verhutzelter, ausgemergelter Körper ward von Schauer geschüttelt, er stand ratlos, ängstigte sich in der Dunkelheit vor dem Augenblick . . .

Die alte Frau hatte ihn angeschrieen:

„Ein so gesunder Mensch soll arbeiten . . ."

Und er hatte erwidert, er könne keinen Sack heben, schweres Siechtum laste auf ihm, er bekomme keine Arbeit, sei hungrig . . . die alte Frau war von ihrem Essen aufgesprungen, hatte aus der Ecke einen Besen hervorgezerrt . . . fetter Speisengeruch schwamm in der Luft . . . er sagte, er sei ein armer, alter, kränklicher Mann, werde von überall fortgetrieben . . . die Frau kreischte, stürzte sich auf ihn, und als sie auch seine Hand erfaßte, ihn so aus der Küche drängte, lag der Hals der alten Frau plötzlich zwischen seinen Fingern, die Wut, der Hunger stählten seine beiden Arme, wie ist es geschehen? wie? . . . seine beiden Handflächen sticht, stößt auch jetzt noch der alten Frau langer, knochiger Adamsapfel . . .

Ueber dem kleinen Gehirn neblichte Zweifel, im vielgeprüften Herzen namenloser Schreck, so stand, lungerte der alte Taglöhner an der hüllenden Straßenecke, dicht umnebelt von aufkeimenden Gedanken, zertretenen Gefühlen, so starrte er mit seinen tränenumflorten schwachen Augen in die Dunkelheit, der Straße taumelnde Gestalten beobachtend, stand, keuchte, wechselte die einknickenden Füße, verflocht mit ungeduldiger Gebärde die Finger immer wieder in einander, rieb die Hände gegen einander, tändelte in der Hosentasche mit den kleinen Geldstücken, hob den gerzausten weißen Kopf gegen den Wind, aus der Rocktasche duftete ihm schmackhaftes Fleisch ins Gesicht, Brot und Fleisch in der Hand, brach er auf; er schluckte, schluckte, aß und dieweil die Speise allmählich seinen schmachtenden Magen füllte, breitete sich über sein Gehirn beruhigende Gleichgültigkeit, schrittwechselnd hob er seine müden Beine, ließ seinen schlottrichten Körper trunken dahinwanken, aß, fraß, verschlang gierig Fleisch, Brot, schwelgenden Spiechel, betrachtete ohne Grübeln Straße, Fenster, Menschen; Freude umarmte seine eingefallene Brust, seinen mageren Bauch, seinen kitzligen Nacken, er riß mit hungrigen Zähnen von Fleisch, von Brot, schlürfendes Dahinwanken brachte ihn vor eine Kirche, sein Kopf hob sich schief mit dem Fleisch, mit dem Brot, er trieb mit der Wanne Unzucht, und plötzlich war er wie gelähmt . . . Vom Kircheneingang schaute ihn ein Auge an, ein großes, offenes Auge, mit fächerartigen, düsteren Augenwimpern, aus der blauen Pupille verzweigte sich im Dreieck der Blickstrahl . . . Der alte Taglöhner fuhr zurück, ließ Brot, Fleisch neben sich niedersinken, bestaunte einen Augenblick das über dem Kircheneingang strahlende Auge, dann senkte er still, ergeben den Kopf.

Der alte István trank in der Branntweinschenke guten warmen Tee, kratzenden Treber; am langen Tisch saßen schläfrige Sedner, mürrische Dienstmänner, gerzauste alte Weiber; der alte István lauschte ihrem Gespräch, eines schnauzbärtigen zornigen Mannes Händelsucherei, die vertrockneten mageren Weiber tranken Rostopschin und blinzelten mit fleißigen Augen auf die Straße hinaus, der alte Taglöhner bestellte unerschütterlich Treber, eine milde Brise legte sich ihm über Gehirn, Leib, sein Herz klopfte trotzdem wiederholt unter dem Schleier auf, doch überflutete ihn immer wieder Wohlbehagen, die kleinen Geldstücke klirrten ihm aus der Tasche zum Ohr auf, er vergaß in diesen gütigen Augenblicken auf seine Verlumptheit, in seine Augen, seine Worte kehrte beschenkende Güte ein, er bestellte für einen dösenden Dienstmann, für den zornigen Schnauzbärtigen Treber, sie stießen mit ihren Gläsern an, stimmten mit schwerwerdenden Köpfen gegenseitig ihren Bemerkungen zu, der alte Taglöhner bot seinen Schnaps auch einem runzliggesichtigen, kahlköpfigen, traurigen Schauspieler an, neigte sich mit trunkener Vertrauseligkeit zu ihm und fragte ihn:

„Ist der Herr vielleicht Priester? . . ."

Die anderen lachten, der alte István brauste auf, brummte, wandte sich dem stillen Schauspieler zu, er habe es nicht so gemeint . . .

Der alte István blieb auf der Straße allein, mit seinem aufröchelnden Schreck seiner zerscherbenden Trunkenheit, den peinigenden Gefühlsstürmen ausgeliefert, ballte seine beiden Hände zu Fäusten, rieb sie, beruhigte sein taumeliges Gehirn mit flehentlichen Seufzern, rief seine dösende Schlafsucht mit feigem Mut wach, guckte immer wieder aus der betreuenden, betäubenden Stille, haderte mit gedankenlosen Worten, lallenden Ahnungen, und so kam er auf dem taumelnden, schwankenden Pfad, unbekannte Lasten auf seinem trunk- und leid-überflutetem Herzen, wieder vor die Kirche, hob langsam seinen demut-benommenen Kopf, auf seine tränenumflorte Augen fiel des Gott-Auges Strahlen. Und er sprach:

„Göttlicher, ewiger, guter Vater . . ."

Er schloß die Augen, doch fühlte er auch durch seine beiden Lider des großen Auges blaues Strahlen. Der alte István war vernichtet, sein Gemüt, sein Elend zermürbten ihm das Gehirn, und er sprach mit geschlossenen Augen, mit flüsternden Lippen:

„Göttlicher, ewiger, guter Vater . . ."

„Ich war hungrig . . ."

Der alte István floh das Wachsein, die geraubten kleinen Geldstücke wechselte er in versöhnenden Branntwein ein, Rum und Treber breiteten dicke Hüllen über seine üblen Gedanken, er taumelte aus Trunkenheit in Schlaf hinüber, lag dann auf seinem Quartierbett in göttlichem Frieden, wurde manchmal aufgerüttelt, bei den zitternden Händen, schmerzenden Armen hochgezerrt . . . In der Branntweinschenke waren die Gäste unruhig, sprachen von dem Mord, der schnauzbärtige Zornige fragte stets, bevor er eintrat:

„War die Polizei noch nicht hier? . . ."

Sie sprachen über den Mord, reichten die Zeitung mit der Zeichnung von Hand zu Hand, ein in einen Sack gekleideter Mann fragte:

„Kommt sie auch her? . . ."

„Gewiß . . ."

Es gab unter ihnen etliche, die sich an dem Gespräch nicht beteiligten, aber dennoch lauschten, mißmutig an dem Tisch zusammenschauderten, dann hub dieser oder jener an:

„Es ist immer ein Malheur, wenn so etwas passiert . . ."

„Arme Menschen werden zur Polizei gebracht . . ."

„Mich werden sie abschieben . . ."

Der alte Taglöhner saß im Dämpf, in fluchtgewährender Trunkenheit, auf seinem schmerzenden Kopf schlugen die Worte nieder, die er abgerissen vernahm, Vorstellungen stürzten auf ihn los, die aus seinem Gehirn hier und dort aufbrachen, all sein Trachten, Sehnen war nur noch darauf gerichtet, sich im Ver-

Differenzpunkt zwischen der Demokratie einerseits und der Sozialdemokratie und dem Zentrum andererseits gegenstandslos geworden ist, hält man es nicht für möglich, daß die Demokratie in absehbarer Zeit wieder ins Kabinett eintreten wird, um der parlamentarischen Regierungsmehrheit eine größere Tragfähigkeit zu geben. Irgendeine Stellungnahme zu dieser ganzen Frage hat die demokratische Fraktion aber noch in keiner Weise genommen. Nur soviel kann man sagen, daß die Fraktion von Anfang an den Standpunkt vertreten hat, keine grundsätzliche Oppositionspartei zu sein, sondern eine Arbeitspartei, die sich niemals der Verpflichtung entziehen würde, in die Regierung zurückzukehren, wenn die allgemeinen Interessen es erfordern sollten.

Es bestehen also keine Differenzen mehr zwischen Demokraten und Rechtssozialisten; in eitel Liebe werden sie sich wieder in die Arme fallen, zum Segen für das Kapital, zum Fluche für den Sozialismus. Und Herr Bauer wird dann endlich seine Programmrede, Herr Hermann Müller seine Rede über die auswärtige Politik halten können, die man bisher wegen des Regierungselends nicht zu hören bekommen hat.

Die Liste der Auszuliefernden.

Versailles, 9. Juli.

Die Liste der an die Alliierten auszuliefernden Deutschen wird heute in einigen Blättern vervollständigt. Man findet darunter auch den Herzog Albrecht von Württemberg (Blutbad in Somme-Py, Niedermetzelung in Namur), Generaloberst von Kluck, der Frauen und Kinder vor seinem Heer hergetrieben habe, General Liman von Sanders (Niedermetzelungen in Armenien und Syrien), Generalmajor Stenger, der am 26. August 1914 den Armeebefehl erlassen habe, von diesem Tage an dürften keine Gefangene mehr gemacht werden, General von Ostrowsky (Plünderung von Deynze und Erschießung von 103 Zivilisten), General von Fesnu (Erschießung von 11 Einwohnern von Arlon), sowie die folgenden Gefangenenlagerkommandanten: General Olzen (Kassel und Döberitz), Leutnant Rüdiger (Ruhleben), Major von Goeru (Magdeburg), die Gebrüder Niemeyer (Holzminden und Clausthal).

Aufhebung des Belagerungszustandes in Hannover abgelehnt.

Hannover, 9. Juli.

Bei Schießereien in der vergangenen Nacht wurden zwei Personen getötet und vier verwundet. Die Zahl der Opfer beträgt bis jetzt im ganzen fünf Tote und sieben Verwundete.

Der Kommandierende General hat die von den Vertretern der Arbeiterschaft beantragte Aufhebung des Belagerungszustandes abgelehnt. Das Erscheinen der „Roten Fahne" und des „Volksrechtes" ist verboten worden. Drei Kommunistenführer wurden verhaftet, deren Hauptführer Gottberg entkam.
160 Mark. Abzüglich der Angestelltenversicherung und der Inv.-

Bei nächtlichen Plünderungsversuchen wurde ein Mann in Matrosenuniform getötet.

Gewalt und kein Ende.

Verschärfter Belagerungszustand über Bad Oeynhausen.

Veranlaßt durch die ungeheuerlichen Wucherpreise die in Bad Oeynhausen zahlreiche Geschäftsinhaber forderten, und welche wohl von den reichen Kurgästen, unmöglich aber von der Arbeiterbevölkerung Oeynhausens getragen werden können, setzten, wie uns berichtet wird, die dortigen Arbeiter selbständig die Preise für Gebrauchsgegenstände auf das drei- bis vierfache des Friedenspreises, aber noch reichlich hoch genug, fest. Diese Maßnahme ging in vollster Ruhe vor sich und es kam nirgends zu Ausschreitungen. Trotzdem rücken sofort Noskeiruppen in Stärke von 820 Mann ein, um für „Ruhe" zu sorgen, was in diesem Fall wohl kaum etwas anderes bedeuten kann als Schutz der Wucherer.

Abgesehen von den schon gewohnten Maschinengewehren und Handgranaten sollen die Soldaten, was auch aus anderen Orten berichtet wird, noch mit Hundepeitschen versehen sein und davon auch schon Gebrauch gemacht haben. Geführt wurde vom Führer der Truppen, einem Hauptmann Hadergang eigenmächtig der verschärfte Belagerungszustand verhängt und — die „Freiheit" für Oeynhausen und Umgegend verboten. Selbstverständlich wurden alle Preise sofort wieder auf ihre alte Wucherhöhe heraufgesetzt.

Oesterreich soll in den Völkerbund aufgenommen werden.

Paris, 8. Juli. (Reuter.)

In ihrer Antwort auf das österreichische Ersuchen um Zulassung zum Völkerbund als Gründungsmitglied begrüßen die Alliierten den Beweis, den Oesterreichs Haltung bisher für seine guten Absichten gegeben habe, und erklären, daß sie bereit seien, die Kandidatur Oesterreichs zu unterstützen, sobald es über eine verantwortliche Regierung verfüge, die imstande sei, die internationalen Verpflichtungen zu erfüllen.

In dem Prozeß gegen den Roten Soldatenbund erklärte der Angeklagte Fedlich, der Kultusminister Haenisch habe wiederholt das Bureau des Bundes besucht, sich den „Roten Soldaten" gekauft und dabei kleine Spenden zurückgelassen. Hierzu erklärt Herr Haenisch, daß er das Bureau niemals betreten habe.

Der Berliner Verkehrsstreik.

Erschwerung der Verhandlungen.

Der Berliner Vollzugsrat hat es trotz der großen Hindernisse von allen Seiten durchgesetzt, daß heute Nachmittag im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die Beilegung des Verkehrsstreiks beginnen. Statt mit diesem Resultat „zufrieden zu sein und alles zu unterlassen, was störend in die Einigungsverhandlungen eingreifen könnte", sieht sich „eine zuständige Stelle" veranlaßt, in letzter Stunde durch neue Drohungen Partei für die Unternehmer zu ergreifen und die Streikenden einzuschüchtern. Wir haben in unserem heutigen Morgenblatt die Erklärung dieser „zuständigen Stelle" veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß die staatlichen Aufsichtsbehörden den Verkehrsunternehmungen aufgeben wollen, ihre Angestellten unter Festsetzung einer bestimmten Frist zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, wenn sie sich nicht bald dazu entschließen, den Streik abzubrechen. Bei der Durchführung dieser Anordnung will die Regierung den Unternehmern mit allen gesetzlichen Mitteln zur Seite stehen.

Durch diese Erklärung wird nur neues Oel ins Feuer gegossen. Eine so einseitige Parteinahme für die Unternehmer ist wohl bei wirtschaftlichen Streiks noch nie dagewesen. Die streikenden Angestellten haben ein Recht auf Verhandlungen, in denen ihre Forderungen sachlich geprüft werden. Die parteiische Stellungnahme der Regierung erschwert diese Verhandlungen ungemein und verschiebt die Wiederaufnahme der Arbeit auf eine immer unbestimmtere Zeit hinaus. Gegen diese Methode legen wir Protest ein, vor allem auch deshalb, weil durch die angedrohten Maßnahmen der Regierung keineswegs die Berliner Verkehrsverhältnisse endlich auf eine gesunde Basis gestellt werden können. Im Gegenteil, die Schwierigkeiten würden vertieft und zu einem Dauerzustand gemacht werden.

Die hohen Gehälter der Straßenbahner.

Uns wird geschrieben:

In der Presse kehrt vielfach die irrige Annahme wieder, die Angestellten der Großen Berliner gehören zu den bestbezahltesten Beamten. Dieses ist nun nicht der Fall. Ich will hier ein Beispiel meiner Kategorie, die der Bahnmeister-Anwärter, anführen. Hervorgegangen aus dem Technikerberuf, dessen praktische Lehrzeit und Ausbildung auf einer Baugewerkschule uns viel Geld gekostet hat, beziehe ich jetzt als 43jähriger Mann und Vater von 5 Kindern nach 23jähriger Tätigkeit ein Gehalt von 160 Mark. Abzüglich der Angestelltenversicherung und der Inv.-Versicherung verbleiben mir noch 445 Mk. Wenn hiervon die Miete, Steuern, der Arzt, das Wirtschaftsgeld usw., an Kleidung für die Familie natürlich gar nicht denken, bestritten werden soll, wird wohl jeder wissen, was da für einen „standesmäßigen" Beamten übrig bleibt.

Für ein so fürstliches Einkommen wird aber auch noch sehr viel verlangt, in der Hauptsache Ehrlichkeit, gute Kleidung, weiße Wäsche und eine große Verantwortung, denn der Bahnmeister soll die Minute wissen, wenn etwa die Schiene bricht. Ich frage: ist das Einkommen der Herren Direktoren bei den heutigen unerschwinglichen Preisen etwa auch so bescheiden wie das unsrige? Ein weiteres Beispiel in bezug auf die Humanität der Direktion beruht darauf, daß sie es noch nicht einmal der Mühe für wert gehalten hat, ihren während des Krieges eingetretenen und später zum Heeresdienst einberufenen Angestellten — die doch sicher den Krieg auch nicht gewollt haben — die Zeit der Feldzugsteilnahme auf die Dienstzeit mit anzurechnen, und so kommt es vor, daß Angestellte in der Anstellung selbst wie in der Gehaltsskala weit hinter ihren Erwartungen zurück bleiben. Was weiter die Auszahlung der im Dezember v. J. erfolgten Entschuldungssumme betrifft, so war das eine ganz willkürliche und es wurden nicht, wie von verschiedenen Zeitungen behauptet wurde, durchschnittlich 500 M. gezahlt.

Die Beamten in gehobener Stellung haben während des Streiks eine merkwürdige Rolle gespielt. Sie haben erst mit einer erstaunlichen Majorität beschlossen, in einen Sympathiestreik einzutreten. Nach einigen Tagen ist diese Gruppe ohnmächtig umgefallen. Schuld hieran können nur einige jener Herren vom Leipziger Platz sein, die man — und zwar mit Recht — als die Direktionsmauer bezeichnet.

Der Prozeß gegen Mühsam und Genossen.

Dritter Verhandlungstag.

München, 9. Juli.

Aus der weiteren umfangreichen Beweisaufnahme ist hervorzuheben, daß der frühere Landwirtschaftsminister Steiner der Meinung Ausdruck gab, daß Schneppenhorst es „mit keiner Seite verderben" wollte. Er selbst habe niemals Zweifel gelassen, daß er Gegner der Räterepublik sei.

Der Angeklagte Baison erklärt: Er sei Kontrolleur gewesen und habe darauf zu achten gehabt, daß die Verhaftungen von Geiseln reell erfolgten und daß keine unzweckmäßige Person verhaftet wurde. Die Verhaftungen seien auf Weisung Tollers vorgenommen.

Der frühere Handelsminister Simon aus Nürnberg, Mitglied der U. S. P. erklärt, daß seiner Meinung nach die Regierung Hoffmann am 7. und 8. April nicht mehr bestanden habe. Der Vorsitzende weist den Zeugen darauf hin, daß er doch selbst öffentlich seinen Austritt aus der Regierung erklärt habe.

Zeuge Groehn, Sekretär im Ministerium für soziale Fürsorge, bekundet, daß drei Unabhängige beim Minister Segitz erschienen und erklärten, daß sie den Zusammentritt des Landtags in keiner Weise dulden würden. Nach Ausrufung der Räterepublik in Augsburg sei ihm die Mitteilung zugestellt worden, daß am nächsten Tage das Gleiche in Nürnberg geplant sei. Er habe darauf Dr. Wadler zu sich gerufen, um mit ihm zu verhandeln, wie ein furchtbares Unglück zu verhüten sei, und ihm vorgeschlagen, ein Triumvirat aus einem Unabhängigen, einem Kommunisten und einem Mehrheitssozialisten zu bilden, die in der Lage seien, entschlossen die Führung in die Hand zu nehmen, damit die Massen dem Führer nicht entglitten. Dr. Wadler sei der Meinung gewesen, daß die Ausrufung der Räterepublik in diesem Augenblick ein verfrühtes Abenteuer sei, und er sei mit diesem Plane einverstanden gewesen. Minister Segitz habe aber den Plan glatt abgelehnt und ihn als Verfassungsbruch bezeichnet. In der Sitzung des Kriegsministeriums war auch Gandorfer für die Räterepublik; er stellte nur die Bedingung, daß die Sozialisierung bis zu 1000 Tagwerken nicht erfolgen dürfe und daß die ganze Sozialisierung in Händen der Bauern liegen müsse. Dr. Wadler war damit einverstanden. Es war einfach ein Skandal, in welcher Lage der Minister Schneppenhorst sich in jener Sitzung befand. Er stand ganz allein. Die anderen Minister kümmerten sich um nichts und da war es unmöglich, daß er bei den aufgeregten Leuten gegen die Räterepublik hätte sprechen sollen. Man hätte ihn einfach an die Wand gestellt. Wiederholt hat aber Schneppenhorst mir gegenüber keinen Zweifel gelassen, daß er gegen die Räterepublik sei. Es sei nicht wahr, daß Schneppenhorst erklärt habe, er setze

seinen Kopf für die Räterepublik

ein. Die Sache war so: Landauer wendete ein, wenn Schneppenhorst nach Nürnberg gehe, wer bürge dann dafür, daß er von dort aus nicht mit Soldaten und Flugzeugen nach München vorgehe und die Räterepublik totmache. Schneppenhorst erklärte darauf, ich bürge dafür, daß ich in Nürnberg nichts unternehmen werde, solange die Abmachungen gehalten werden und die Ausrufung der Räterepublik vertagt wird, bis die Stimmung im Lande festgestellt ist.

Vorsitzender: Wie kam es dann aber, daß so viele Anwesende den Eindruck hatten, Schneppenhorst sei für die Räterepublik? — Zeuge: Da war der Wunsch der Vater des Gedankens. Wenn Schneppenhorst das gesagt hätte, wären wir von der Mehrheitspartei ihm ins Gesicht gesprungen.

Erich Mühsam: Es haben eine Reihe Leute sich für die Räterepublik ausgesprochen, ohne daß ihre Parteigenossen ihnen ins Gesicht gesprungen sind. Andererseits ist doch Dill auch nicht an die Wand gestellt worden. — Zeuge: Schneppenhorst war etwas anderes, bei ihm wäre es Parteiverrat gewesen. Dill ist es auch nur gelungen, in dem Wirrwarr und der Erregung namentlich über Leviné aus der Sitzung und aus München herauszukommen. Schneppenhorst ist an dem Abend auf Schritt und Tritt verfolgt worden.

Dr. Wadler: Der Zeuge hat erzählt, daß ihm die Meldung gekommen wäre, daß ein Putsch für die Räterepublik geplant gewesen sei. Ich nehme an, daß die ganze Sache nicht auf bayrischem Mist gewachsen ist. Ich nenne nur die Namen Weimar und Berlin. Verteidiger Dr. Hannsler: Sie behaupten also, daß man

die Geschichte inszeniert

habe. Dr. Wadler: Ja, ich bin fest davon überzeugt. Ich habe immer vor Putschen und Gewaltstreichen gewarnt. Bei der U. S. P. ist solches auch ausgeschlossen und aus meinem Verkehr mit den Kommunisten weiß ich, daß sie einen Putsch nicht planten. Leviné kam nach München, um von den Verfolgungen auszuruhen. Mühsam: Der Verdacht, daß wir in eine Falle gegangen sind, ist bei uns schon in den ersten Tagen der Räterepublik erörtert worden. Ich habe schon bereut, daß wir so vorschnell gewesen sind und habe Leviné recht gegeben, daß er die Sache aufschieben wollte. Wir hatten erfahren, daß von Bamberg aus zwischen Hoffmann und Scheidemann Unterhandlungen stattgefunden hatten. Es ist wohl möglich, daß man zu der Einsicht gekommen war, daß in Bayern die Räterepublik nicht mehr aufzuhalten sei. Und da wollte man eine Frühgeburt zustande bringen. Hätten wir gewartet, bis alles in Sicherheit war, dann wäre die Räterepublik nicht mehr zu stürzen gewesen. Wir sind das Opfer einer Intrige geworden.

Der Zeuge, Hotelbesitzer Simon aus Tutzing, erhielt eine Verfügung Dr. Wadlers, daß sein Hotel enteignet werden sollte. Es sollten 20 Arbeiterfamilien hineingelegt werden. Er sei mit seinem Onkel bei Wadler vorstellig geworden und habe ihm dargelegt, daß sie beide Kriegsinvaliden seien, und er mit seiner alten Mutter von dem Hotel leben müßten und ruiniert würden. Wadler habe gesagt, er würde dann Unter-

---

essen zu begraben, doch flatterte vor seiner Nase der Barchentrock auf, wie ihn der alten Frau mähende Füße hochwarfen, sauerer, zum Brechen reizender Geruch quälte seine Zunge, seine Kehle, seine Brust, und er ließ den Kopf sinken, erwürgte mit dem einen Gedanken den anderen, schloß die Augen, ersehnte die regungslose Stille, doch dämmerte aus dem Dampf, aus dem Nebel, aus der trunkenen Benommenheit blaues Licht auf, durchbohrte die Dunkelheit, breitete sich in der Helle aus, und das große Auge strahlte mit geißelndem Erwecken auf des alten Istvàn gesenkten Kopf nieder, glitt von seinem sündhaften Kopf in seine fliehenden, geschlossenen Augen schaute in sie.

„Alter Istvàn, alter Istvàn . . . du bist der Mörder . . ."

Das Gott-Auge ließ aus seinem Hof den alten Istvàn nicht mehr; behielt das eisige, blaue Licht auf des alten Taglöhners Augen, in denen mit mannigfachen Bildern Angst, Entschlußfassung, Beichte, aufbegehrender Trotz dahinrollten; das blaue Auge strahlte vom Kircheneingang zur Matratze, wo der alte Istvàn in begrabenden Schlaf verfallen wollte, loderte in der Dunkelheit der Gassen auf, wo sich der alte Taglöhner verbergend dahinschleppte, schien in die Branntweinschenke hinein, wo er mit schweren Schnäpsen seine Angst beschwichtigte; mit blauem Gefunkel stand, bearnte, loderte das Auge Gottes über ihm, erhellte den Schweiß-Pfad vor seinen zwei schlürfenden Füßen, führte ihn zwischen den peinigenden Schmerzen der Buße dahin . . .

Der alte Istvàn lungerte vor dem Kircheneingang, taumelte mit knurrender Erregtheit auf dem kleinen Pfad auf und nieder. Alkohol, Aufregung beizten seinen geknickten Kopf, etwas fesselte ihn an den Kircheneingang, das Gesicht, die Augen vermochte er nicht hochzuheben, stammelte, lallte bloß:

„Göttlicher, guter Vater . . Ich war hungrig . . ."

„Göttlicher, guter Vater . . . Ich bin nicht schlecht . . ."

„Bin bloß ein armer, alter, kranker Mann . . ."

Der alte Taglöhner lungerte, taumelte, schrittwechselte mit seinen abgenähten Füßen auf dem kein Ende nehmen wollenden irrgen Pfad, eiferte sein kämpfendes Herz mit neugeborenen Gefühlen an. Wut, bittere Traurigkeit erfaßten ihn, und als er bereits sein Antlitz hob und, den kraftlosen Körper gestrafft, vor dem Auge Gottes stehen blieb, da überschlug sich sein Gehirn, heidnische Empörung verzerrte seine bebenden Lippen, und er sprach, beteuerte, jammerte wild-ungestüm:

„Was soll ein solcher alter, kranker Mann beginnen? . . ."

„Ein solcher alter, armer Mann wird von jedem fortgejagt . . . man gibt ihm keine Arbeit, gibt ihm nicht zu essen . . ."

„Ist dies in Ordnung? . . ."

„Weshalb läßt du dies zu, göttlicher Vater? . . ."

„Soll der arme, alte Mann krepieren? . . ."

„Ja . . . Ja . . . Soll der arme, alte Mann krepieren! . . ."

Der alte Taglöhner wich, taumelte zurück, blinzelte mit seinen tränenumflorten, trunkenen Augen, zog die zitternden Hände angestrengt, langsam vor die Augen, und sein wilder Zorn sank zu Stammeln nieder:

„Schau mich nicht so an, göttlicher Vater . . ."

Des alten Istvàns verhutzelter Körper nickte ein, wurde ganz klein, und er winkte mit dem Kopf . . . erleichtert, mit schlürfendem Dahinstreben ging er die Straßen entlang, sein Herz, sein Gehirn verschwanden, er fühlte seine lastgedrückten Schultern, seinen gekrümmten Rücken nicht, taumelte an dem Polizisten vorbei und lallte:

„Gleich . . ."

„Gleich . . ."

Er taumelte in die Treber- und Branntwein-Geruch erfüllte Schenke, breitete mit den guten, köstlichen Schnäpsen sammetige Wärme über seinen friedlich gewordenen Kopf, über seine geklärten Augen, saß so neben dem Schauspieler, mit der Ruhe der Lossprechung, in seiner reinen Seele zur Buße bereit. Er berührte die Hand des Schauspielers, sank zu ihm hin und sprach:

„Hochwürdiger Vater . . ."

Die Leute lachten, der kahlköpfige Komödiant erklärte, er sei bloß Thaliens Priester, hab, in der „Tragödie des Menschen" den Adam gespielt . . . Der alte Istvàn nickte mit dem Kopf, schob mit abwehrender Gebärde das Lachen der Leute von sich, die Berichtigung des Schauspielers, und fuhr selbstvergessen, schwärmerisch fort:

„Hochwürdiger Vater . . . Ich bin der Mörder . . ."

Zur Kritik der Nationalversammlungs-Briefmarke wird uns vom Reichspostamt erklärt, daß für den Unfug dieser entsetzlich geschmacklosen Marken das Reichspostministerium nicht verantwortlich sei. Mit der Prüfung der im Wettbewerb eingegangenen 1000 Entwürfe wurde ein Preisgericht betraut, dem auch einige Mitglieder der Nationalversammlung angehörten. Das Preisgericht hat sich die Entscheidung darüber ausbedungen, welche Marken zur Einführung gelangen sollten, und sich energisch verbeten, daß etwa der Reichspostminister ihm ins Handwerk pfusche. Schlimmer als dieses „Preisgericht" hätte kein Postminister entscheiden können. Vielleicht hätten ihm sogar die Briefträger einen guten Rat geben können.

führung bekommen. Ich wandte noch ein, e. [...] nicht zugehen wie im Kriegsgebiet, wo man den Leuten .... wegnehme. Dr. Wadler erwiderte: „Jetzt ist eben hier innen Krieg!"

Zeuge Rechtspraktikant Löwenfeld ist der Ansicht, daß die sogenannte Einigung des Proletariats nur eine Düpierung der großen Masse für die Zwecke der Kommunisten war. **In den Kreisen der Mehrheitspartei herrschte in jenen Tagen**

eine reine Angstpolitik.

Auch die Mitglieder des Bauernrates waren bereit, Flugblätter für die Räterepublik herauszugeben.

Der Zeuge Dr. Löwenfeld berichtet weiter, daß er einer Versammlung im Löwenbräukeller beiwohnte. Einen ebenso ungünstigen Eindruck, den der Zeuge als **deprimierend und skandalös** bezeichnet, macht der Verlauf des **demokratischen Gautages** für Südbayern. Auch hier war man **aus taktischen Erwägungen** bereit, **der Räterepublik zuzustimmen.** Der Zeuge hat dann am 12. und 13. April die Organisation der Münchener Soldaten gegen die Räterepublik mitgeleitet. Dieses Unternehmen sei gescheitert, weil Militärminister Schneppenhorst nicht rechtzeitig die zugesagte Hilfe schickte. Das ganze bayerische Volk sei gegen das Vorgehen der Machthaber in München gewesen. Allerdings sei dieses Unternehmen unter Beteiligung der U. S. P. und wie er leider sagen müsse, einer großen Zahl von Mehrheitssozialisten unternommen worden.

Als wir diese Aktion unternahmen, waren wir überzeugt, daß die sogenannten Volksbeauftragten, die die Zügel in München in den Händen hatten, in wenigen Tagen ohnehin verschwinden würden. Wir waren überzeugt, daß hinter den Mühsam, Wadler, Landauer und Genossen befähigtere und begabtere Kräfte standen, nämlich Kommunisten unter Dr. Lewien, die nur darauf warteten, das Heft an sich zu reißen, wenn jene abgewirtschaftet haben würden.

Dr. Wadler behauptet, die Kommunisten seien viel ehrlicher gewesen als die Mehrheitssozialisten. Zeuge Löwenfeld: Das ist ohne weiteres zuzugeben, daß ein großer Teil meiner Parteigenossen sich **wesentlich unehrlicher erwiesen hat, als die Kommunisten.** In meiner Partei und bei der U. S. P. waren es eine Reihe Schieber, die aus Ehrgeiz die Sache betrieben. Die Kommunisten hatten aber bereits eine Gegenregierung gebildet und Dr. Wadler wird nicht bestreiten, daß sie schon Drohungen ausgestoßen hatte. Ich muß auch vollkommen zugestehen, daß es nicht zur Räterepublik gekommen wäre, wenn die Minister am 4. April eine ganz einmütige Erklärung gegen die Räterepublik abgegeben hätten. **Insbesondere gilt das vom Militärminister Schneppenhorst,** dem Stadtkommandanten Dürr und auch anderen Ministern. Auch in der Unabhängigen Partei wären zum größten Teil selbst die **Anhänger des Rätesystems** nicht dafür zu haben gewesen, da sie allgemein der Ansicht waren, daß

das Unternehmen verfrüht

sei. Toller war, als er in Nürnberg die Meldung bekam, überrascht und erklärte auch, es sei zu früh. Damals war es nicht die U. S. P. als solche, die zur Ausrufung getrieben hat, vielmehr waren in ihr und in der Mehrheitspartei sowie im revolutionären Arbeiterrat nur einige ehrgeizige Schieber, die darauf drängten. Die Mehrheitspartei war der politischen Situation nicht gewachsen und hat aus Angst mitgemacht. Schuld daran waren auch die verlogenen Telegramme, die im ganzen Lande über das Anwachsen der Stimmung für die Räterepublik verbreitet waren.

Vorsitzender: Worauf führen Sie es zurück, daß man unterlassen hat, energisch Stellung zu nehmen? Zeuge: Auf verschiedene Gründe. Ich bin absolut nicht der Meinung, daß Schneppenhorst in der Sitzung im Kriegsministerium an die Wand gestellt worden wäre, wenn er gegen die Räterepublik gesprochen hätte. Nachdem sich in dem jetzt eben verhandelten Prozeß Schneppenhorst gegen die „Neue Zeitung" 25 bis 30 Zeugen alle übereinstimmend und ergänzend über **die Haltung Schneppenhorsts** ausgesprochen haben, muß man zu der Ueberzeugung kommen, **daß er sich bemüht hatte, die Gunst der Versammlung** zu erwerben und daß er

mit dem Gedanken der Räterepublik gespielt

hat. Daher konnten die Leute in dem guten Glauben sein, daß er auf ihrer Seite stehe. **Das Ganze** ist nur die Folge seiner zweideutigen Haltung.

Mühsam bestreitet, daß er irgendwie psychopathisch sei. Dr. Löwenfeld hat auch gesagt, daß meine Ansichten verworren seien. Ich möchte wissen, worauf er sich dabei stützt.

Zeuge Dr. Löwenfeld: Ich möchte hervorheben, daß Mühsam mir erklärt hat, Karl Marx sei der größte Idiot der Weltgeschichte. Trotzdem hat er sich mit Lewien und den anderen Kommunisten verbündet, obwohl diese die konsequentesten und fanatischsten Marxisten sind. Ferner hat er, obwohl er seit Jahren sich als Anarchist bezeichnet, der den Staat abschaffen will, sich mit Spartakisten verbündet, die in der Form der Diktatur die Räterepublik errichten wollten, durch die auf Jahre hinaus ein Zwangsstaat errichtet würde. Dagegen erkläre ich, daß ich an der politischen Anständigkeit und Ehrlichkeit Mühsams keinen Zweifel habe.

Mühsam beschwert sich dann darüber, daß von der Regierung in Bamberg aus mit Verleumdungen gegen die Anhänger der Münchener Räteregierung gearbeitet worden sei, um Stimmung zu machen. Man habe z. B. gegen ihn in Flugblättern die Behauptung verbreitet, er habe noch nie eine Stunde gearbeitet, bringe sein Leben im Kaffeehaus zu, lebe nur von Unterstützung und Ausbeutung anderer und sei so schmutzig, daß er von weitem stinke. Aus dieser amtlich verbreiteten Stimmung heraus seien seine Freunde in München ermordet worden.

Morgen soll Militärminister Schneppenhorst vernommen werden.

Gewerkschaftliches.

Maßregelungen bei den Kriegsorganisationen.

Vor kurzem haben wir darauf hingewiesen, daß die Obleute der Reichsbekleidungsstelle und der Kriegsmetall A.-G. fristlos entlassen worden sind, und daß es erst nach langen Bemühungen gelungen ist, durch Vermittlung des Reichswirtschaftsministeriums die betreffenden Angestellten wieder in ihre Stellungen einzusetzen. Neuerdings hat sich ein weiterer Fall bei der Kohlenstelle Groß-Berlin ereignet. Ein Angestellter ist fristlos entlassen worden, weil er privatim einer Kollegin gegenüber die im gesamten Kohlenhandel allbekannte Tatsache erwähnt hat, daß ein früherer Direktor der Kohlenstelle auf Grund seines Einflusses es hatte möglich machen können, die Gründung zahlreicher Kohlengeschäfte vorzunehmen und die hierzu notwendigen Kohlenmengen zu erhalten, während anderen Händlern in dieser Hinsicht die größten Schwierigkeiten gemacht wurden und noch werden.

Der betreffende Angestellte hat ferner seiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß der Leiter der Kohlenstelle, Herr Dr. Körte, als Mitinhaber eines Bankhauses gleichzeitig als Bankier der Kohlenstelle fungiert, während er sich doch gerade als Chef auch in dieser Hinsicht absolut neutral hätte verhalten müssen.

Infolge der Behauptung des Beamten hätte die Leitung der Kohlenstelle eine Untersuchung gegen den ehemaligen dort beschäftigten Direktor einleiten müssen. Um aber einen Schein des Rechts auf ihre Seite zu bringen, rief die Leitung der Kohlenstelle den durch seine reaktionäre Zusammensetzung übelbeleumundeten Angestellten-Ausschuß zusammen (dem Angestellten-Ausschuß gehören unter anderen an: der Personalchef, der Syndikus, der Revisionschef und mehrere Referenten). Dieser würdige Angestellten-Ausschuß hieß natürlich die Kündigung seines Kollegen ohne weiteres gut. Die Vertretung der Angestellten der Kriegsorganisationen und der Kriegs-Kommunal-Verbände müssen aber aufs schärfste Verwahrung gegen dieses Verhalten der Direktion und des Angestellten-Ausschusses einlegen und verlangen, daß die Angelegenheit aufs genaueste geprüft wird.

Deutscher Buchbinder-Verband. Kartonbranche. Die Kartonnagen-Fabrik von Erich, Ritterstr. 75, ist für Nieter gesperrt.

Groß-Berlin.

Der Stadtkreis Groß-Berlin.

Die Preußische Regierung hat den Gemeinden von Groß-Berlin den Entwurf für das künftige Groß-Berlin zur gutachtlichen Aeußerung übersandt. Sie hat dabei eine Frist von 4 Wochen gesetzt, in der die Gemeinden sich äußern sollen. Einige Gemeinden haben unter Hinweis, daß jetzt gerade Ferien seien, um eine Fristverlängerung gebeten. Wie wir hören, ist diesem Ersuchen nicht stattgegeben worden. Tatsächlich eilt die Sache. Eine Fristverlängerung bedeutet aber weitere Verzögerung dieser so dringlichen Angelegenheit. Sie muß so beschleunigt werden, daß die neue Organisation Groß-Berlin am 1. April 1920 in Kraft treten kann. Die Gemeinden müssen zu Feriensitzungen kommen, wie das schon verschiedentlich geschehen ist. Von einer Reihe Gemeinden wird gegen die Vorschläge Sturm gelaufen. Und wenn man auch nach dieser oder jener Richtung hin Aenderungen wünschen kann, so muß doch gegen die Beibehaltung der sogenannten Selbständigkeit der Einzelgemeinde Einspruch erhoben werden. Wollen wir ein wirkliches Groß-Berlin und keine Schatteneinrichtung, so müssen alle Machtbefugnisse der neuen Zentralgewalt übertragen werden. Im übrigen ist es doch mit der Selbständigkeit der Gemeinden noch nie allzu weit her gewesen; wir erinnern nur an die vielen Landgemeinden, die dem Landrat untertan waren. Diesen Landrat brauchen wir nach dem 1. April 1920 nicht mehr. Auf dem Gebiete der reinen Verwaltung werden alle Einzelgemeinden auch dann noch alle Hände voll zu tun haben, wenn sie wollen. Wir brauchen schnell, sehr schnell eine Einheitsgemeinde Groß-Berlin.

Besinnt Euch, Arbeiter!

Aus vieler Munde hört man jetzt auf seinem Gange von und zur Arbeitsstätte die wüstesten Schimpf- und Schmähreden gegen die noch immer streikenden Straßenbahner. Ja, es soll sogar bereits vorgekommen sein, daß man Straßenbahner, die sich in Uniform auf der Straße zeigten, tätlich angriff. Demgegenüber möchten wir nur eines feststellen: Man stehe zu den Forderungen der Verkehrsarbeiter wie man wolle, aber ein Recht, das vergesse ja niemand, steht diesen Leuten genau so zu wie jedem anderen von uns Arbeitern, und das ist die freie Selbstbestimmung über ihre Arbeitskraft.

Glauben die Straßenbahner, ihrer wirtschaftlichen Forderungen wegen die Arbeit verweigern zu müssen, so steht Niemandem das Recht zu, darüber anderweitig bestimmen zu wollen. Es ist eines Arbeiters unwürdig, in jetzt nur zu oft zu hörenden gemeinen Aeußerungen über die streikenden Straßenbahner herzufallen. Ein wirtschaftlicher Kampf soll hier zum Austrag gebracht werden, und da ist es Pflicht jeden Arbeiters, diesen Leuten in keiner Weise in den Rücken zu fallen.

Beachten wir vor allen Dingen, daß über kurz oder lang zur Durchsetzung irgendwelchen Rechtes auch von den Straßenbahnern verlangt werden könnte, mitzutun. Also arbeitende Brüder, überlegt, was ihr jetzt tut, fallt den Leuten nicht mit Bürgerratspropaganda oder gar Tätlichkeiten in den Rücken. Das sollte man Noske und seinem Anhang überlassen.

Gefängnisbeamte als Schieber.

Wegen Beiseiteschaffung in amtlichem Gewahrsam befindlicher Sachen und wegen Diebstahls hatten sich der frühere Gärtner Paul Plügge und seine Ehefrau vor der Strafkammer des Landgerichts III zu verantworten. Im Strafgefängnis Tegel bestand während des Krieges als Staatsbetrieb eine große Schneiderwerkstatt, in der Arbeiterschutzkleidung für Artilleriedepots und technische Truppen hergestellt und täglich etwa 1000 Meter Stoff verarbeitet wurden. Der Angeklagte Plügge, der in Tegel eine mehrjährige Gefängnisstrafe verbüßte, war in diesem Betriebe als Schreiber beschäftigt worden. Insbesondere lag ihm die Führung des Postbuches und die Ausschreibung der wöchentlich etwa 500 Paketadressen ob. Im Frühjahr 1918 entdeckte die Berliner Kriminalpolizei, daß eine „Frau Lazar", Schützenstraße 75 wohnhaft, in umfangreichster Weise Heeresgut, es war Arbeiterschutzkleidung, verschob, und zwar durch Vermittlung eines Kaufmanns O. und eines Hauptmanns a. D. B. Diese „Frau Lazar" entpuppte sich als die Frau des Tegeler Strafgefangenen Plügge, der es verstanden hatte, selbst im Gefängniskittel sich noch als Schieber zu betätigen und Heeresgut im Werte von vielen tausend Mark beiseite zu schaffen. In der Verhandlung wiesen die Verteidiger des Angeklagten darauf hin, daß an dieser Schiebung en gros unbedingt Beamte beteiligt gewesen sein müßten, da das Fehlen von vielen tausend Metern Stoff vertuscht worden sei. Jedenfalls sei es im Staatsinteresse dringend notwendig, völlig Klarheit zu schaffen und die eigentlichen Schieber zu ermitteln. Da auch der Staatsanwalt diesen Standpunkt vertrat und betonte, daß er zu dem nächsten Termin sämtliche Gefängnisbeamten aus Tegel zwecks Gegenüberstellung laden werde, beschloß das Gericht, weitere Ermittlungen bis zur völligen Aufklärung der Sache anstellen zu lassen. — Die Sache kann interessant werden.

Fettseife im August.

Durch erhöhte Zuteilung von Fetten und Oelen an die deutsche Seifenindustrie wird es möglich, die deutsche Seifenindustrie auf eine neue Grundlage zu stellen und die den Verbrauchern zugeteilten Mengen qualitativ erheblich zu verbessern. Unter den neuen Verhältnissen wird die Seifenversorgung nach folgendem Programm erfolgen: 1. Die bisherige K.-A.-Seife wird in Zukunft ohne Seifenkarte abgegeben. Bei Beibehaltung des bisherigen Preises ist ihr Fettgehalt von 16 auf 25 Prozent erhöht worden. 2. Das K.-A.-Seifenpulver wird unter Verdoppelung des bisherigen Fettgehalts mit monatlich 125 Gramm auf den Seifenpulverabschnitt der Seifenkarte geliefert. Der Preis erhöht sich auf 0,45 M. für ½-Pfund-Paket. 3. Es wird ferner eine einwandfreie Kernseife von Friedensqualität (60 Prozent Fettgehalt) in Doppelstücken von 200 Gramm oder in einfachen 100-Gramm-Stücken hergestellt. Das 100-Gramm-Stück wird zum Preise von 0,80 M. geliefert. Als Feinseife wird eine gute pilierte Toilettenseife (80 Prozent Fettgehalt) im Stückgewicht von 100 Gramm geliefert. Für die Selbstrasierer wird an Stelle der Feinseife einwandfreie Rasierseife zur Verfügung gestellt. Das 100-Gramm-Stück Feinseife wird zum Preise von 1,20 M., das 50 Gramm-Stück Rasierseife zum Preise von 0,60 M. berechnet. Die unter 3 genannten Erzeugnisse werden nur gegen Seifenkarte geliefert und zwar gegen die Feinseifenabschnitte der Seifenkarte. Ein Feinseifenabschnitt berechtigt zum wahlweisen Bezug von 50 Gramm der genannten Erzeugnisse. Ihre Lieferung wird erstmalig Anfang September auf die Septembermarken in Frage kommen. Doch soll die Herstellung der neuen Erzeugnisse derart beschleunigt werden, daß bereits Ende August mit ihrer Lieferung begonnen werden kann. Der Vorbezug auf Septembermarken ist wie bisher auch bereits im August zulässig.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin teilt mit: Da der Stadt- und Ringbahnverkehr wieder aufgenommen ist, finden die Termine in Arbeitersachen von Donnerstag, den 10. d. M. ab und in Angestelltensachen von Montag, den 14. d. M. ab wieder statt.

Kontrolle der Erwerbslosen in Neukölln. Für die Dauer des Verkehrsstreikes sind nur die in Neukölln wohnhaften Erwerbslosen von der Stempelpflicht befreit, die den längeren Weg zu den Berliner Facharbeitsnachweisen zurückzulegen haben. Die hier wohnenden Erwerbslosen, für welche die Kontrolle durch einen der drei städtischen Neuköllner Arbeitsnachweise in Frage kommt, müssen auch jetzt der vorgeschriebenen Stempelpflicht nachkommen.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rabold, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Karl Scherff
am 7. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. d. M., nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmauskirchhofes in Neukölln, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet

Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen, der Graveur
Adolf Windpfennig
Christburger Str. 13, am 6. d. M.,
der Dreher
Paul Kotter
Landsberger Str. 104, am 26. Juni,
der Werkzeugmacher
Karl Dittmar
Wittenau, am 27. Juni,
der Schleifer
Richard Bungs
Lübbener Str. 24, am 5. d. M.,
der Mechaniker
Adolf Strehlow
Neukölln, Stuttgarter Str. 18, am 6. d. M.,
und der Schlosser
Gustav Güßfeldt
Schulstr. 58, am 7. d. M. gestorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
August Pieper
(Bezirk N II)
am 7. Juli verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Halle der Zionsgemeinde in Nordend aus statt.
Der Vorstand

Soeben neue Nummer erschienen!
Der Sozialist.
(Früher Sozialistische Auslandspolitik).
Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift.
Herausgegeben von
Dr. Rud. Breitscheid.
Unter ständiger Mitwirkung von:
H. Block, H. Haase, K. Kautsky,
A. Stein, H. Ströbel u. a.
Abonnements vierteljährlich 6.— Mk. Einzelnummer 60 Pf. Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Postanstalt, bei den Spediteuren der Freiheit oder in der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin NW 6, Abteilung Buchhandel, Schiffbauerdamm 19.

In den nachstehenden Speditionen werden sofort
Botenfrauen
eingestellt:
Berlin
Girschner, Gitschiner Straße 90, Döring, Steinmetzstr. 23, Hackbarth, Michaelkirchpl. 2.
Potsdam
Dotzauer, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.
Charlottenburg
Lorenz, Wallstraße 68.
Wilmersdorf
Denecke, Augustastraße 60.
Tempelhof
Bartsch, Werderstraße 31.

4. Wahlkreis U. S. P. D.
Bez. 208 Abt. 13
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin
Johanna Wagner
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Der Vorstand.

Korps-Nachrichten-Park-Garde
Mitglieder d. U. S. P.
Freitag, d. 11., nachm. 4 Uhr, Stralauer Allee 47, b. Lohr:
Versammlung.
Arbeiterratswahl.
— [illegible] —

Wilmersdorf!
Seit 1. Juli befindet sich unsere **Spedition** beim Genossen
Nessler, Hindenburgstr. 34.
Dieselbe wird unsere Zeitung täglich zweimal durch Botenfrauen liefern.

Rechts- und Auskunftsbüro. polnische Uebersetzungen. **Grzesiak, Landsberger Allee 7.**

Handwagen,
mit und ohne Federn von
Mark 175.— an.
Größte Auswahl.
G. Wagner,
Köpenicker Straße 71.
(Kein Laden.)

Bauerwäsche wird ausgebessert, vergrößert, verklein., gereinigt.
Born, Reichenberger Str. 7 (Kottbuser Tor).
Fernsprechanschl. Mpl 14 365.

Langj. Parteigenosse, erfahren in Registratur, Lohnberechnung, Rechnungskontr., Statistik, Buchhaltung, sucht Stellung. R. Emmerich, Muskauer Straße 2 I.

Inserate
für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 4 Uhr, Sonnabends bis 2 Uhr nachm. bei der Expedition Schiffbauerdamm 19 aufgegeben sein.

Kaufgesuche

Spiralbohrer
Werkzeuge jeden Posten ... Turowski, Chausseestr. ...

G. A. und M. G. A.
Kupferleitungen von 1,5 ... 10 qmm, auch kurze ...
Elektromotoren, auch defekte, 2–6 PS, ...
E. Knüppel, Hufelandstr. ...
Tel. Alexander 369.

Kupferleitungsdrähte, Kabel, Litzen kauft und zahlt die höchsten Preise ... Prenzlauer Str. 13 am Alex ... Telephon Königstadt ...

Kupferdraht, Silber ... sämtliche Installations-Artikel kauft und verkauft ... Schönhauser Allee 2b.

Kaufe dauernd **Spiralbohrer** aus Werkzeug- ... Schnellstahl zyl. Morse... ... Centerbohrer, Reibahlen, ... windebohrer, Feilen, ... blätter. Zwick, Berlin ... Landsberger Allee 125 (Telephon: Alex. 146.)

Holzschrauben u. ... kauft Lehmann, Spandauer Brücke 9.

Meerschweinchen, weiße Mäuse kauft Meyer, ... straße 7.

Sofort Geld für Wertpapiere, Wechsel ... vorschußfrei diskret. Lagerkarte 80, Postamt ...